

Fraktionsreferat SVP

Rechenschaftsbericht Justizbehörden 1999/2000

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Grosser Rat und Justizkommission mussten sich in letzter Zeit mehrfach implizit oder gar explizit den Vorwurf gefallen lassen, gegen das Gewaltenteilungsprinzip zu verstossen. Dabei wurde regelmässig übersehen, dass die Justizkommission nie den materiellen Gehalt der richterlichen Tätigkeit überprüfte, sondern sich verfassungs- und gesetzeskonform auf die Aufsicht über die Geschäftsführung des Obergerichts und die Oberaufsicht über die Gerichtspräsidenten, Bezirksgerichte und Friedensrichter beschränkte. Schon das im 17. Jahrhundert von Locke und Montesquieu begründeten Gewaltentrennungsdogma forderte eine gegenseitige Gewaltentrennung, um ein Gleichgewicht zwischen den Staatsgewalten herzustellen und die Freiheit des Einzelnen vor staatlicher Willkür zu schützen.

Die Erfahrungen rund um das Aufsichtsverfahren Roduner zeigen deutlich, dass die aktuelle Form des Rechenschaftsberichts Justizbehörden samt seinem reichen statistischen Anhang den heutigen Anforderungen der parlamentarischen Aufsicht und Oberaufsicht nicht mehr genügt. Neben organisatorischen Fragen müssen in Zukunft auch Bereiche wie Personalführung und -ausbildung, Effizienz und Administration thematisiert werden.

Die Auskunftserteilung an die einzelnen Subkommissionen war sehr unterschiedlich. Unbefriedigend war insbesondere der stereotype Hinweis des Obergerichts auf die noch ausstehenden Resultate der externen Organisationsanalyse. Aber der nächste Rechenschaftsbericht kommt bestimmt!

Erstaunlich waren auch die Äusserungen des Vizepräsidenten der Inspektionskommission anlässlich der Richtertagung vom vergangenen Montag. Mehrmals deckte er die Justizkommission mit Häme zu. Anscheinend gibt es Mitglieder des Obergerichts, die den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben.

Mit Blick auf die in Kürze vorliegenden Ergebnissen der externen Organisationsanalyse und das durch die Justizkommission in Aussicht gestellte Massnahmenpaket beantragt Ihnen die SVP-Fraktion - wenn

auch ohne Begeisterung - den Rechenschaftsbericht der Justizbehörden
1999/2000 zu genehmigen.